Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles
gem. §§ 4 bis 14 über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) i.V.m.
Anlage 1, Spalte 2 und Anlage 3 (i.V.m. der 4. und 9. Verordnung zur
Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes)

Allgemeine Information:

Die Immissionsschutzbehörde stellt auf Grundlage geeigneter Angaben des Vorhabenträgers sowie eigener Informationen unverzüglich fest, dass nach den §§ 6 bis 14 UVPG für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht oder nicht (§ 5 UVPG). Eine UVP-Pflicht besteht, wenn das Neuvorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Absatz 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Das Ergebnis der Vorprüfung gibt die zuständige Behörde der Öffentlichkeit bekannt. Dabei gibt sie die wesentlichen Gründe für das Bestehen oder Nichtbestehen der UVP-Pflicht unter Hinweis auf die jeweils einschlägigen Kriterien nach Anlage 3 an. Gelangt die Behörde zu dem Ergebnis, dass keine UVP-Pflicht besteht, geht sie auch darauf ein, welche Merkmale des Vorhabens oder des Standorts oder welche Vorkehrungen für diese Einschätzung maßgebend sind.

Hier vorliegend ist § 9 UVPG einschlägig, da es sich um ein Änderungsverfahren handelt. Mit Bescheid vom 30.12.2016, Az.: 50/144-10 BiII (Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb der Windenergieanlage Bi02 in der Gemarkung Patersbach, Flur 0, Flurstück Nr. 1072, im Windpark Bistersberg II) wurde die Windenergieanlage Bi02 im Windpark Bistersberg II genehmigt.

Das Änderungsverfahren, Az.: 50/144-10 BI02 Ä wurde auf Antrag gem. § 4 BImSchG i. V. m. § 19 Abs. 3 BImSchG im öffentlichen Verfahren durchgeführt. Daraus folgend wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. Im Ergebnis der im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens durchgeführten o.g. UVP war festzustellen, dass von einer Umweltverträglichkeit des Vorhabens ausgegangen wird, wenn die dargelegten Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung der Umweltauswirkungen als Nebenbestimmungen in die Genehmigung aufgenommen und umgesetzt werden. Unter diesen Voraussetzungen war eine Erfüllung der Genehmigungsvoraussetzungen im Sinne des § 6 Abs. 1 BImSchG gegeben.

Einschlägig ist § 9 UVPG i.V.m. § 7 UVPG, sowie der Anlage 1 Spalte 2 und Anlage 3. § 2 Abs. 5 UVPG definiert den Begriff der Windfarm.

Windfarm im Sinne dieses Gesetzes sind drei oder mehr Windkraftanlagen, deren Einwirkungsbereich sich überschneidet und die in einem funktionalen Zusammenhang stehen, unabhängig davon, ob sie von einem oder mehreren Vorhabenträgern errichtet und betrieben werden. Ein funktionaler Zusammenhang wird insbesondere angenommen, wenn sich die Windkraftanlagen in derselben Konzentrationszone oder in einem Gebiet nach § 7 Abs. 3 Raumordnungsgesetzes befinden.

Betreff:

Die Antragstellerin juwi AG, Energie-Allee 1, 55286 Wörrstadt, hatte am 15.04.2016 Anträge auf Errichtung von zwei Windenergieanlagen (Typ Enercon E- 115; 3,0 MW Leistung) mit einer Gesamthöhe von rund 207 m in der Gemarkung Patersbach im Landkreis Kusel eingereicht.

Die Standorte liegen südöstlich des Bestandwindparks Bistersberg I (der Gemeinden Erdesbach/Patersbach), wo sich bereits vier Windenergieanlagen befinden, die mit den o.g. Anlagen einen Windpark bilden würden. Die Standortbestimmung für die geplanten Windenergieanlagen ist im Rahmen der Flächennutzungsplanung erfolgt. Es liegt für den Bereich der Verbandsgemeinde Altenglan ein genehmigter Teilflächennutzungsplan „Windenergie“ (siehe Genehmigungsbescheid der Kreisverwaltung Kusel vom 21.03. 2016 AZ.: 5/55/610 FNP-Windenergie Algl.) vor, der nach erfolgter Bekanntmachung auch rechtsgültig ist.

Beide Anträge wurden mit Bescheid vom 30.12.2016 genehmigt; auf eine Verwirklichung der Windenergieanlage Bi03 wurde aufgrund eines Rotmilanvorkommens verzichtet. Für beide Anlagen wurde der beschränkte Nachtbetrieb beauftragt, d.h. die immissionsschutzrechtliche Genehmigung sieht einen schallreduzierten Betrieb während der Nachtzeit (22-6 Uhr) mit einem maximalen Schalleistungspegel von 102,5 dB(A) und einer maximalen Leistung von 1,5 MW vor. Vor dem Hintergrund, dass lediglich die Anlage Bi02 in Betrieb genommen wurde, wird im Änderungsverfahren eine Änderung des genehmigten Schalleistungspegels, der sog. offene Betrieb, beantragt. Dies bedeutet, dass die Anlage nachts mit einem genehmigten Schalleistungspegel von 105,7 dB (A) betrieben werden dürfte; die Anlage aber ansonsten unverändert bleibt. Dieser Antrag vom 20.12.2018 ist, am 21.12.2018, bei der Kreisverwaltung Kusel eingegangen.

Ein funktionaler Zusammenhang kann also bei allen fünf Anlagen, welche sich in derselben Konzentrationszone befinden, bejaht werden.

Generell ist nach § 9 Abs. 1 S.1 Nr. 2 UVPG allgemeine Vorprüfung durchzuführen (vgl. S. 3).

Daten und Informationsgrundlage:

Der allgemeinen Vorprüfung zugrunde liegen insbesondere die Antragsunterlagen vom 20.12.2018 (§ 6 UVPG), die Mitteilungen der beteiligten Stellen (§7 UVPG); hier wären die drei Stellungnahmen der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord vom 16.01.2019 (21.01.2020), der Verbandsgemeindeverwaltung Kusel- Altenglan vom 04.06.2019 (23.01.2020) und der Stellungnahme der unteren Bauaufsichtsbehörde vom 15.01.2020, sowie die Antragsunterlagen Kapitel 1 bis 17 zu nennen. Auf diese wird hier verwiesen. Die standortbezogene Vorprüfung vom 26.11.2018 wurde zur Erfüllung der rechtlichen Voraussetzungen des § 9 UVPG durch die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles vom 07.05.2019 ersetzt.

Rechtsgrundlagen:

Anlass der Vorprüfung ist die gem. § 16 i.V.m. 19 III BImSchG beantragte Änderungsgenehmigung (Änderung des genehmigten Schalleistungspegels der Bi02 im Windpark Bistersberg II), die im Zusammenhang mit den vier vorhandenen Anlagen (Bistersberg I), eine Windfarm bestehend aus insgesamt fünf Anlagen bilden. Die Voraussetzungen des § 2 Abs. 5 UVPG sind erfüllt (Überschneidung der Einwirkungsbereiche, sowie funktionaler Zusammenhang).

Für diese fünf, ursprünglich sechs Anlagen (Rücknahme der WEA Bi03) im Windpark Bistersberg I+II, wurde im Rahmen des Genehmigungsverfahrens, welche zur positiven Bescheidung der o.g. Anlage am 30.12.2016 geführt hat, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Wird ein Vorhaben geändert, für das eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist, so besteht für das Änderungsvorhaben die UVP- Pflicht, wenn

- 1.) allein die Änderung die Größen- oder Leistungswerte für eine unbedingte UVP- Pflicht gem. § 6 erreicht oder überschreitet oder
- 2.) die allgemeine Vorprüfung ergibt, dass die Änderung zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann (Vgl. § 9 UVPG).

Für die Vorprüfung bei Änderungsvorhaben gilt § 7 entsprechend (§ 9 Abs. 4 UVPG).

Die UVP- Pflicht besteht, wenn das Neuvorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Auf Grundlage der zusammenfassenden Darstellung bewertet die zuständige Behörde die Umweltauswirkungen des Vorhabens im Hinblick auf eine wirksame Umweltvorsorge im Sinne des § 3 UVPG nach Maßgabe der geltenden Gesetze. Die Bewertung ist zu begründen.

Anlage 3: Kriterien für die Vorprüfung im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Wegen der in der Anlage 3 zum UVPG genannten Kriterien wird zunächst auf die Antragsunterlagen unter Kapitel 12- der L.A.U.B.- Ingenieurgesellschaft mbH und das Kapitel 15: Schallimmissionsprognose vom 09.12.2016 und 29.10.2018 des schalltechnischen Ingenieurbüros Pies und zusätzlich vollumfänglich als Grundlage zur Definition der Vorbelastung auf die Unterlagen zur Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der Bi02, welches in der Genehmigung vom 30.12.2016 mündete, verwiesen.

Insbesondere der in den Unterlagen (siehe S. 2 Daten- und Informationsgrundlage, Änderungsantrag vom 20.12.2018) zur UVP- Vorprüfung enthaltenen Bewertung der einzelnen Kriterien wird inhaltlich gefolgt.

Das Bundesverwaltungsgericht hat bereits im Jahr 2013 entschieden, dass bei Erweiterungsvorhaben nur die Änderung selbst Gegenstand der UVP und das

bestehende, ursprüngliche Vorhaben lediglich als Vorbelastung zu berücksichtigen ist (vgl. S. 25, Windenergiehandbuch Monika Agatz, 15. Ausgabe 2018, BVerwG 7 C 36.11).

Hinsichtlich der genehmigten Anlage Bi02 im Windpark Bistersberg II, wurde im Rahmen der im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens durchgeführten UVP- Vorprüfung bereits festgestellt, dass von einer Umweltverträglichkeit des Vorhabens ausgegangen wird und somit die Erfüllung der Genehmigungsvoraussetzungen im Sinne des § 6 Abs. 1 BImSchG gegeben sind. Weiterhin wurden Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung der Umweltauswirkungen als Nebenbestimmungen in die Genehmigung aufgenommen und umgesetzt.

Nun ist daher in Bezug auf die in Anlage 3 genannten Kriterien allein die Änderung des genehmigten Schalleistungspegels zu prüfen.

Die beteiligten Stellen haben auf Nachfrage im Rahmen des Beteiligungsverfahrens keine Aussage über die Erforderlichkeit einer UVP getroffen.

Soweit durch die Änderung des Vorhabens Einzelne, in der Anlage 3 genannten Kriterien nicht betroffen sind, werden diese hier nicht nochmals weitergehend dargelegt. Vielmehr wird an dieser Stelle auf die Bewertung der Kriterien in der Umweltverträglichkeitsprüfung für die Ursprungsgenehmigung (01.08.2016) verwiesen. Ergänzend bewerten wir die Änderung des Vorhabens wie folgt:

1. Merkmale des Vorhabens:

Hinsichtlich der beantragten Änderung des genehmigten Schallpegels sind keine Auswirkungen im Sinne der Kriterien Nr. 1.1.- 1.6.2 der Anlage 3 zum UVPG ersichtlich.

Aufgrund der aktuell, vorliegenden Schallimmissionsprognose, wird sichergestellt, dass sich der beantragte geänderte Schalleistungspegel, innerhalb der vorgegebenen Grenzwerte bewegt (Kriterium 1.7 der Anlage 3 zum UVPG)

Die Änderung des Nachbetriebes hat keine Auswirkungen auf den Schattenwurf.

2. Standort des Vorhabens:

Eine ausführliche Beschreibung des Gebietes wurde bereits mit den Genehmigungsunterlagen zu den beiden WEA´s Bi02 und Bi03 im Jahr 2016 vorgelegt. Hierzu haben sich keine Änderungen ergeben.

Da die standortbezogenen Kriterien (Nr. 2.1 bis 2.3.11 der Anlage 3 zum UVPG) durch die allein maßgebliche Änderung des Vorhabens nicht betroffen werden, da sich die Lage der Anlagen nicht verändert, kommen zusätzliche oder andere erhebliche Umwelteinwirkungen nur durch die Merkmale des Vorhabens (Nr. 1 der Anlage 3 zum UVPG) in Betracht.

Hinsichtlich der Beantragung des geänderten Schalleistungspegels gab es von Seiten der Fachbehörden keine Einwendungen, insbesondere die SGD Nord, als zuständige Gewerbeaufsichtsbehörde, hat aufgrund der vorgelegten Berechnungen und mit Einhaltung der dargelegten Nebenbestimmungen und Auflagen keine Einwendungen. Dies wird von Seiten der Genehmigungsbehörde geteilt.

3. Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen:

Bei der Sachverhaltsermittlung anhand der Merkmale des Vorhabens (Anlage 3 Nr. 1.1 bis 1.7 zum UVPG) und des Standorts des Vorhabens (Nr. 2.1 bis 2.3.11 der Anlage 3 zum UVPG; wie dargelegt, in diesem Fall, unerheblich) wurden zunächst die möglichen nachteiligen Umweltauswirkungen, insbesondere auf das Schutzgut Mensch & menschliche Gesundheit ermittelt. Bei der Einschätzung der Erheblichkeit der nachteiligen Umweltauswirkungen anhand der Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen, wäre hier die Ziffer 3.6 (Zusammenwirken der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben) zu nennen. Die Anlage Bi02 wirkt mit den Bestandswindenergieanlagen des Windparks Bistersberg I zusammen. Das schalltechnische Gutachten berücksichtigt alle fünf Anlagen am Standort und deren Zusammenwirken. Hierbei konnte nachgewiesen werden, dass alle fünf Anlagen die Nachrichtwerte einhalten, so dass keine nachteiligen Umwelteinwirkungen zu erwarten sind.

Zusammenfassung: Gesamteinschätzung erheblicher Umweltauswirkungen

Durch die Vorlage des schalltechnischen Gutachtens und der darin nachvollziehbar eingehaltenen Grenzwerte und vor dem Hintergrund, dass die Anlage ansonsten unverändert bleibt, kann auch nach Änderung des ursprünglich genehmigten Schalleistungspegels unter Einhaltung von den bisherigen und neuen Bedingungen und Auflagen eine Umweltverträglichkeit der Bi02 erwartet werden. Zusätzliche oder andere erhebliche Umwelteinwirkungen i.S.v. § 9 Abs. 1 Nr. 2 UVPG sind nicht zu erwarten.

Das Vorhaben unterliegt daher keiner UVP-Pflicht.

Kreisverwaltung Kusel, den 28.02.2020

- Immissionsschutzbehörde -

Im Auftrag

gez.

Kristina Mende